



BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat: Landrat
Fachdienst: Persönlicher Referent,
Controlling
Sachbearbeitung: Karin Stolz
Fachdienstleitung: Andreas Blersch

Beratungsgremium

Kreistag

Die Sitzung ist am

22.03.2021

öffentlich

Beratungsgegenstand:

Bestellung der Vertreter für den Verwaltungsrat von Komm.Pakt.Net

Beschlussantrag:

Der Kreistag möge Herrn Landrat Heiner Scheffold als Verwaltungsratsmitglied und Herrn Kreisrat Jochen Ogger als stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied von Komm.Pakt.Net für die nächsten fünf Jahre bestellen.

Heiner Scheffold
Landrat

Sachdarstellung:

Der Alb-Donau-Kreis ist Beteiligter an der Kommunalanstalt Komm.Pakt.Net. Um entsprechend Einfluss auf die Kommunalanstalt nehmen zu können, hat jeder Beteiligte ein Verwaltungsratsmitglied und ein stellvertretendes Mitglied zu bestellen.

Nach § 5 Abs. 2 der Anstaltssatzung von Komm.Pakt.Net werden die Mitglieder des Verwaltungsrates und deren Stellvertreter von den Beteiligten für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Eine erneute Bestellung ist zulässig.

Nach der Gründung von Komm.Pakt.Net hat der Kreistag am 2. Mai 2016 festgelegt, dass der Alb-Donau-Kreis von Herrn Landrat Heiner Scheffold im Verwaltungsrat vertreten wird. Als Stellvertreter wurde Herr Kreisrat Jochen Ogger bestimmt.

Der Kreistag hat nun die neue Bestellung für die kommenden fünf Jahre festzulegen. Die Bestellung sollte vor der nächsten regulären Verwaltungsratssitzung Ende April 2021 erfolgen.

Die Gebietskörperschaften werden üblicherweise durch die Landräte bzw. (Ober-) Bürgermeister vertreten. Diese Vorgehensweise hat sich bisher bewährt. Herr Landrat Heiner Scheffold wäre bereit die Funktion des ordentlichen Mitglieds im Verwaltungsrat weiter auszuüben.

Entsprechend der Sitzverteilung im Kreistag entfällt nach Saint-Laguë/Schepers das Vorschlagsrecht für das stellvertretende Verwaltungsratsmitglied auf die CDU-Fraktion. Die CDU Fraktion schlägt Herrn Kreisrat Jochen Ogger vor.

Beschlussauszüge sind zu übersenden an:
1x Beteiligungsverwaltung

Vertagungsfähig Nein

Ulm, 1. März 2021

Anlage

keine